

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 50

Extremismus an Schulen und Hochschulen

Erscheinungsformen,
Strategie und Taktik

von Jürgen Aretz

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Viktoriastraße 76
405 Mönchengladbach 1

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

1978

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln
Satz: Cotygrafo GmbH, Köln
Druck: W. Gottschalk & Söhne GmbH, Köln
ISBN 3-7616-0473-4

Das Thema „Extremismus an Schulen und Hochschulen“ erfordert einige präzisierende Vorbemerkungen.

Zum einen wird der politische Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland angesichts terroristischer Aktivitäten vielfach auf das Phänomen des Terrorismus verkürzt. Sicher ist der Terrorismus in einer historischen Analyse auch unter politischen Gesichtspunkten zu sehen; heute stellt er sich uns dagegen als eine primär kriminelle Erscheinung dar. Der Terrorismus bleibt daher im Rahmen dieser Untersuchung unberücksichtigt.

Zum anderen ist die politische Szenerie der Hochschulen wie der Schulen mit der allgemeinen Parteienlandschaft der Bundesrepublik nicht zu vergleichen. Haben wir es hier im wesentlichen mit den Bundestagsparteien sowie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu tun, betätigt sich an Schulen und Hochschulen eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen mit zum Teil extrem unterschiedlicher Zielsetzung und bisweilen nur lokaler Bedeutung. Diese Tatsache, verursacht durch politisch-programmatische Zersplitterung und personelle Fluktuation – gerade im Schulbereich – macht es unmöglich, hier alle Gruppen zu untersuchen. Es ist daher eine Beschränkung auf jene Organisationen notwendig, die bundesweite Bedeutung haben.

Innerhalb dieser Untersuchung muß das Schwergewicht aus mehreren Gründen auf den Hochschulen liegen. Von den Hochschulen gehen zahlreiche Aktivitäten aus, die im Schulbereich wirksam werden. Das gilt längst nicht mehr nur für Universitätsstädte, sondern auch für Schulen in universitätsfernen Orten. Das Organisationswesen an den Schulen ist dem an den Hochschulen weit unterlegen, häufig springen Studentenfunktionäre zur Unterstützung von Schulgruppen ein. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Aktivitäten extremistischer Schülerorganisationen in letzter Zeit zurückgegangen sind. Viele Schüler konzentrieren sich ganz auf den schulischen Bereich und sind zu politischem Engagement – gleichgültig in welcher Richtung – nicht mehr oder nur noch sehr bedingt bereit. Der Rückgang extremistischer Schülerorganisationen dürfte hingegen kaum zusammenhängen mit einer oft behaupteten Renaissance konservativen Denkens unter Schülern. Es kann wohl weniger von einer konservativen Wende gesprochen werden als von einem Strohfeder, das gegen die herrschende Auffassung gerichtet ist.

1. Gegnerschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Notwendig ist noch eine Bemerkung zu dem Begriff „extremistisch“, der in diesem Zusammenhang an Stelle des unscharfen und ambivalenten Begriffs „radikal“ verwandt wird. Die Bezeichnung „extremistisch“ findet Anwendung auf solche politischen Parteien und Gruppierungen, die die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehnen. Diese Prinzipien hat das Bundesverfassungsgericht anlässlich des Ver-

bots der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei (SRP) im Oktober 1952 umschrieben. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet die freiheitlich-demokratische Grundordnung als „eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung; die Volkssouveränität; die Gewaltenteilung; die Verantwortlichkeit der Regierung; die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; die Unabhängigkeit der Gerichte; das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition“).

Die Parteien und Organisationen, die in diesem Sinne als extremistisch bzw. verfassungsfeindlich zu bezeichnen sind, stellen für den Bestand der Bundesrepublik sicher keine aktuelle Gefahr dar. Gleichzeitig darf jedoch die grundsätzliche Strategie der extremistischen Gruppen nicht falsch eingeschätzt werden. Seit Jahren konzentrieren sie ihre Aktivitäten auf die Schulen und Hochschulen in der Erkenntnis, daß diese Bereiche langfristig eine hohe, ja entscheidende gesamtgesellschaftliche Bedeutung haben. Es sei in diesem Zusammenhang nur an den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) in der Weimarer Republik erinnert. Der NSDStB spielte an den deutschen Hochschulen schon eine wesentliche Rolle, als man allgemein glaubte, die zu dieser Zeit noch relativ unbedeutende Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) werde in der politischen Versenkung verschwinden, bevor sie größeres Unheil anrichte.

2. Der Rechtsextremismus

Wie der Bundesminister des Innern, Prof. Werner Maihofer (FDP), im Juli 1977 feststellte, ist der Rechtsextremismus in unserem Land „seit langem politisch nahezu bedeutungslos“⁽²⁾. Gleichwohl versuchen bestimmte Kreise – so etwa der in München beheimatete „Presseausschuß Demokratische Initiative“ (PDI), eine „kommunistische Tarnorganisation“⁽³⁾ – immer wieder, das Gespenst einer akuten „neofaschistischen“ Gefahr an die Wand zu malen. Dabei standen oder stehen nicht wenige Repräsentanten der rechtsextremen Szene mit östlichen Nachrichtendiensten in Verbindung.

Die Einschätzung, die Maihofer dem Rechtsextremismus zuteil werden ließ, trifft gerade für die Hochschulen in besonderer Weise zu. Darüber kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß wenig später an der Bundeswehrhochschule in München eine antisemitische Aktion bekannt wurde: junge Bundeswehroffiziere hatten dort in angetrunkenem Zustand Pappschilder mit der Aufschrift „Jude“ verbrannt. Diese Offi-

ziere wurden inzwischen aus der Bundeswehr entlassen. Die Verfehlung der Soldaten stellt einen Sonderfall dar, der sehr ernst genommen werden muß. Er ist jedoch nicht zu verallgemeinern; im Hochschulbereich spielt der Rechtsextremismus keine Rolle, organisatorisch ist er so gut wie nicht vorhanden. Der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) existiert de facto nicht mehr; der stellvertretende Bundesvorsitzende E. Fischer setzte sich im Sommer 1976 in die DDR ab.

Eine ähnliche Bedeutung ist dem Rechtsextremismus an den Schulen beizumessen. Rechtsextremistische Stellungnahmen von Schülern sind in der Regel provokative Reaktionen auf bestimmte Lehrer oder die Aktivitäten linksextremer Schülergruppen. Solche meist völlig unreflektierten Äußerungen sollten jedoch schon wegen ihrer möglichen Außenwirkung nicht bagatellisiert werden. Einen organisatorisch erkennbaren Rechtsextremismus gibt es auch an den Schulen nicht. Entsprechende Ansätze – es sei an die Gründung der Nationaldemokratischen Schülergemeinschaft (NDS) im Februar 1975 in München erinnert – sind gescheitert. Insgesamt sind weniger als 3000 arbeitende Jugendliche, Schüler und Studenten in rechtsextremen Organisationen erfaßt. Die geringe Zahl und die intellektuelle Dürftigkeit ihrer Argumentation bedeuten jedoch nicht, daß diese Ebene des Rechtsextremismus grundsätzlich ignoriert werden darf. Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, daß in Zusammenhang mit politisch brisanten Fragen (Ostverträge) und in Wahlkampfzeiten mit Aktionen von dieser Seite zu rechnen ist. 1976 registrierte der Verfassungsschutz 319 „Ausschreitungen deutscher Staatsbürger aus rechtsextremen Motiven“, davon 16 Fälle mit Gewaltanwendungen¹⁾. Die Statistik des Verfassungsschutzes gibt keine Auskunft darüber, wie viele dieser Fälle in den Bereich der Schulen und der Hochschulen gehören. Auf das Ganze gesehen stellen rechtsextreme Organisationen und besonders Studenten- und Schülerorganisationen im Augenblick und auf absehbare Zeit jedoch keinen bedeutenden Faktor der deutschen Innenpolitik dar.

3. Der Linksextremismus

Eine grundsätzlich andere Situation finden wir im Bereich der linksextremistischen Gruppen vor. Organisatorisch lassen sich ihre Spuren meist bis in die Zeit der Studentenrevolte 1967/69 zurückverfolgen. Eine historisch-politische Darstellung muß hier ebenso entfallen wie eine ideengeschichtliche Untersuchung. Es sei nur auf zwei Aspekte hingewiesen: während der autoritäre (oder auch stalinistische) Flügel des 1969 aufgelösten Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) seinen unmittelbaren Nachfolger in dem Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus findet, sind die Gruppen der „Neuen Linken“ – also die sogenannten K-Gruppen – in der Nachfolge des „antirevisionistischen“ Flügels des SDS entstanden. Festzuhalten ist, daß die Kritische Theorie (M. Horkheimer, Th. W. Adorno u. a.) für das heutige Organisationsspektrum keine direkte Bedeutung hat.

3.1. Die DKP und ihre Nebenorganisationen

Wenden wir uns zunächst dem orthodox-kommunistischen Lager, also der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und den ihr nahestehenden Organisationen zu. Die DKP, zur Zeit der Großen Koalition in einem merkwürdigen Verfahren als politische Nachfolgeorganisation der 1956 durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gegründet bzw. wiederbegründet, ist zweifellos der „bedeutendste Faktor im Linksextremismus“⁶⁵). Zur richtigen Einschätzung der Partei ist es nicht nur erforderlich, sich die relativ hohe Mitgliederzahl von 42 500 (1977) vor Augen zu führen, sondern auch die Tatsache, daß die Parteimitglieder im Durchschnitt sehr jung sind: von den seit Ende 1973 eingetretenen Mitgliedern waren mehr als 30 % jünger als 30 Jahre. Die DKP schult ihre Mitglieder in Kursen auf Orts-ebene, sowie in einer parteieigenen Ausbildungsstätte im Ruhrgebiet; Funktionäre werden überdies in der DDR, in Ausnahmefällen auch in der Sowjetunion geschult. Die Schätzungen der finanziellen Mittel, die der DKP jährlich aus der DDR zufließen, liegen zwischen 30 und 100 Millionen DM.

Für unser Thema sind die Nebenorganisationen der Partei von entscheidender Bedeutung. Der MSB Spartakus – faktisch die Studentenorganisation der DKP – wurde 1971 gegründet und ist heute an fast allen Hochschulen und Fachhochschulen vertreten. Mit etwa 5300 Mitgliedern – die Mitgliederzahl steigt nach wie vor – stellt er die größte politische Studentenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt dar. Im Bereich der Schulen, speziell der Berufsschulen, spielt die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) eine besondere Rolle. Sie umfaßt etwa 33 000 Mitglieder – das ist das Elfache der rechtsextremistisch organisierten Jugendlichen – in etwa 600 Gruppen. Zum Lager der orthodox-kommunistischen bzw. der DKP-nahen Gruppen ist schließlich noch der Sozialistische Hochschulbund (SHB) zu rechnen, der früher unter der Bezeichnung „Sozialdemokratischer Hochschulbund“ die offizielle Studentenorganisation der SPD war. Die SPD hat dem SHB die Führung des Prädikats „sozialdemokratisch“ gerichtlich verbieten lassen, nachdem er in eindeutig kommunistisches Fahrwasser geraten war. Der Verband liegt heute ideologisch und programmatisch auf dem Kurs des MSB Spartakus, mit dem er auch „gewerkschaftlich orientierte“ Listenverbindungen bei Wahlen eingeht. Der SHB hat seine Eigenexistenz bisher lediglich aus taktischen Gründen noch nicht aufgegeben; er soll organisatorisch die Studenten auffangen, die den offenen Schritt in das kommunistische Lager noch nicht tun wollen oder können. Er profitiert auch heute noch von einer angeblichen Nähe zur SPD⁶⁶), der unter Studenten beliebtesten demokratischen Partei.

Daß es sich bei den formell selbständigen Organisationen MSB Spartakus und SDAJ tatsächlich um Nebenorganisationen der DKP handelt, mag ein Zitat aus dem Protokoll des MSB-Gründungskongresses belegen: Der Marxistische Studentenbund Spartakus „weiß sich mit der

Deutschen Kommunistischen Partei durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden“.

In ähnlicher Weise wie der MSB betont auch die SDAJ ihre „enge Verbundenheit“ mit der DKP. Die Identität von Partei und Nebenorganisationen macht es erforderlich, sich mit der Strategie und Taktik der DKP auseinanderzusetzen, wenn man Ziele und Methoden der Nebenorganisationen erkennen will.

3.1.1. Das strategische Ziel der DKP und die Stamokap-Theorie

Das strategische Ziel der DKP ist es, in der Bundesrepublik Deutschland den „Sozialismus“ nach dem Vorbild der DDR bzw. der Sowjetunion zu errichten. So hieß es etwa im Bericht des Parteivorstandes, der dem Bonner Parteitag der DKP 1976 erstattet wurde: „Der politische Kompaß, an dem sich die Deutsche Kommunistische Partei orientiert, zeigt weder heute noch morgen auf Distanz zum realen Sozialismus, sondern bleibt immer auf feste Verbundenheit mit der sozialistischen Welt, vor allem mit der Sowjetunion und der DDR, gerichtet.“

Selbstverständlich ist der DKP klar, daß sie auf Grund der bestehenden politischen Machtverhältnisse nicht in der Lage ist, ihr Ziel ohne Bündnispartner zu erreichen. Es war somit erforderlich, die „Notwendigkeit“ eines Bündnisses mit anderen politischen Kräften zu konstruieren, um von einer günstigeren Machtposition aus operieren zu können. Die DKP fordert daher die Zusammenarbeit aller „demokratischen Kräfte“, um dem von ihr behaupteten „Abbau der demokratischen Rechte“ entgegen zu wirken; er ist angeblich das Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. In These 3 des Düsseldorfer Parteitages von 1971 – die damaligen „Thesen“ bilden ein provisorisches Parteiprogramm“, das im Herbst 1978 durch ein offizielles Programm abgelöst werden soll – stellt die DKP fest: „In der Bundesrepublik ist der staatsmonopolistische Kapitalismus hoch entwickelt. Dieses System stellt die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates dar. Das gesamte gesellschaftliche Leben wird den Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals untergeordnet.“

Mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, so die Stamokap-Theorie, erreiche der Kapitalismus – nach kommunistischer Geschichtsauffassung die letzte Stufe der geschichtlichen Entwicklung vor Erreichen des Sozialismus – seine schärfste Ausformung: Staat und Monopole seien identisch. Es gehe folglich auch nicht mehr um die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital oder Gewerkschaften und Unternehmern, sondern der Kampf müsse sich gegen den Staat selbst wenden. Der demokratische Staat erscheint nach dieser Theorie als Diktatur des Monopolkapitals.

Folgt man dieser Theorie weiter, so kommt es aus historischer Notwendigkeit zu einem Bündnis der nichtmonopolistischen Kräfte mit dem Proletariat. Die Zahl dieser nichtmonopolistischen Kräfte ist in der vor-

ausgegangen Phase dadurch gestiegen, daß das Kapital in immer weniger Händen konzentriert worden ist: zu den Nichtmonopolisten – also den Bündnispartnern der Arbeiterklasse – gehören jetzt auch Handwerker und der Mittelstand. Das Bündnis der nichtmonopolistischen Kräfte tritt ein für „die demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft“ und errichtet die „antimonopolistische Demokratie“. Diese „antimonopolistische Demokratie“ hat zur Voraussetzung „die grundlegende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, die Erkämpfung einer von der Arbeiterklasse geführten und gemeinsam mit allen antimonopolistischen Kräften getragenen Staatsmacht“. Nach einem leninistischen Grundsatz ist die Führung der Arbeiterklasse aber nicht anders als durch die kommunistische Partei möglich. So sichert die DKP ihren Führungsanspruch innerhalb des „antimonopolistischen Bündnisses“.

Erst nach Errichtung der „antimonopolistischen Demokratie“ kann der revolutionäre Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einsetzen. In diesem Prozeß werden dann die bürgerlichen Kräfte des „antimonopolistischen“ Lagers ausgeschaltet. Wer mit der Geschichte der Nachkriegszeit vertraut ist, weiß, daß hier nur eine neue theoretische Variante der durch die Nachkriegsereignisse in Osteuropa diskreditierten Volksfrontpolitik konstruiert worden ist.

Die Realisierung dieser Strategie ist im Hochschulbereich Aufgabe des MSB Spartakus. So erklärte er etwa während der Diskussion um das Hochschulrahmengesetz: „Dem Versuch des Monopolkapitals und seiner politischen Repräsentanten, die Hochschule mit Hilfe des Hochschulrahmengesetzes ihren Profit- und Machtinteressen vollständig zu unterwerfen, muß eine starke, einheitliche Bewegung entgegengestellt werden.“ Auch an Hand dieses Beispiels läßt sich die Strategie des MSB Spartakus bzw. der DKP erläutern, die von sozialen und politischen Tagesfragen ausgeht: Eine allgemein einsichtige oder entsprechend propagandistisch aufbereitete Forderung wird aufgenommen („Kampf dem Hochschulrahmengesetz!“). In einer zweiten Phase wird im Bündnis mit Betroffenen und Solidarisierten der Kampf um die Durchsetzung dieser Forderung aufgenommen („muß eine starke einheitliche Bewegung entgegengestellt werden“). Schließlich folgt als dritte Phase die Entwicklung einer politischen Theorie zur Begründung und ideologischen Absicherung dieses Kampfes („Versuch des Monopolkapitals und seiner politischen Repräsentanten, die Hochschule mit Hilfe des Hochschulrahmengesetzes ihren Profit- und Machtinteressen vollständig zu unterwerfen“). Diese Strategie läßt den Stellenwert der politischen Theorie erkennen: Sie wird ohne weiteres geändert oder aufgegeben, wenn dies opportun erscheint; die Theorie ist nur aufgesetzt.

Ähnlich opportunistisch verhält sich die DKP bzw. der MSB Spartakus in der Frage der Gewaltanwendung. Phasen der offenen Gewaltanwendung (wie Anfang der 70er Jahre, als der MSB zu den gewalttätigen Studentenorganisationen zählte, so etwa bei Störungen an der Universität Bonn) folgen, sobald dies opportun erscheint, Phasen, in denen auf Gewaltanwendung verzichtet wird. In den letzten Semestern traten Angehörige des

MSB wieder häufiger als gewalttätige Störer in Erscheinung. Bezeichnenderweise war dieser gewandelten Taktik eine Veränderung der politischen Szenerie vorausgegangen: Der MSB Spartakus hatte in den Vereinigten deutschen Studentenschaften (vds), der Dachorganisation der zwangsverfaßten Studentenschaften in der Bundesrepublik, eine empfindliche Schwächung hinnehmen müssen. Damit stellte sich die Frage einer neuen Profilierung an der „Basis“ und im Verhältnis zu den Bündnispartnern des MSB.

Die Darstellung der Strategie der DKP und ihrer Nebenorganisationen hat die Frage nach den Bündnispartnern noch nicht abschließend behandelt. In den Düsseldorfer Thesen (These 35) heißt es dazu: „Die DKP kämpft für das demokratische Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte in der Bundesrepublik. Die Sammlung aller vom Monopolkapital unterdrückten und ausgebeuteten sozialen Schichten – der Bauern, der Intelligenz, der Mittelschichten – um die Arbeiterklasse ist eine Grundvoraussetzung des erfolgreichen Kampfes für demokratischen Fortschritt.“

Das bedeutet mit anderen Worten: Bündnisfähig ist jeder, der nicht zum Kreis der Monopolisten gehört. Andererseits kann sich die DKP dadurch an jede Aktion anhängen, wenn diese der beschriebenen Zielsetzung

dient. Dieser offensiven Bündnispolitik sind viele Initiatoren von Bürgerinitiativen, gewerkschaftlichen Unterorganisationen, Studentenorganisationen und Einzelpersonen nicht gewachsen. Sie gehen davon aus, daß es der DKP um die Erreichung eines konkreten gemeinsamen politischen Zieles gehe und übersehen, daß Bündnisse, die von Kommunisten geschlossen werden, stets der Zielsetzung der Partei dienen müssen. R. Steigerwald vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M., einem der Mitveranstalter des sogenannten Russell-Tribunals, hat dies eindringlich klargemacht. Er schrieb, daß man sich mit den „Bündnispartnern darüber verständigen [wolle], daß die Lösung aller Grundprobleme unserer Zeit nur möglich ist, wenn wir den Kapitalismus überwinden. Die Widersprüche, die dem Boden des Kapitalismus entstammen, können nicht im Rahmen dieser Gesellschaft gelöst werden. (. . .) Unabdingbare[s], durch die geschichtliche Entwicklung“ erwiesenes Kriterium des Sozialismus sei „die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse“⁽⁷⁾ – oder im Klartext: Die Diktatur des Proletariats. Jeder, der mit Kommunisten zusammenarbeitet, muß erkennen, daß er freiwillig oder unfreiwillig, direkt oder indirekt, diesem Ziel zuarbeitet. Für den Kommunisten ist zur Erreichung dieses Zieles jedes Mittel gerechtfertigt: „Man muß die größte Hingabe an die Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vertuschen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzugehen, zu lavigieren, zu paktionieren, im Zickzack voranzugehen, Rückzüge anzutreten und dergleichen“⁽⁸⁾.

offensive
Bündnis-
politik

3.1.2. DKP-Schlagworte und ihre taktische Bedeutung

Das strategische Ziel der DKP zu erreichen, die „antimonopolistische Demokratie“, ist Aufgabe des MSB Spartakus in dem ihm übertragenen

Bereich, der Hochschule. Zu den Parolen, die taktisch eingesetzt werden bzw. wurden, gehören etwa:

- Die Forderung „Marx an die Uni“. Vordergründig – und so vielfach mißverstanden – wurde hier die Herstellung eines Wissenschaftspluralismus verlangt. Tatsächlich bedeutete diese Forderung – unter Zugrundelegung des marxistischen Wissenschaftsbegriffs – Monopolisierung marxistischer und Ausschaltung „bürgerlicher“ Wissenschaft. Dieses Ziel ist in einer Reihe von Fachbereichen deutscher Hochschulen vollständig erreicht worden, vor allem in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.
- Der Kampf gegen die angeblichen „Berufsverbote“. Tatsächlich geht es der DKP, ihren Nebenorganisationen und Bündnispartnern darum, den Zugang zu bestimmten Berufen, die hohe multiplikatorische Bedeutung haben (Lehrer), offen zu halten, gleichzeitig den Rechtsstaat mit dem Vorwurf von Grundrechtsverletzungen zu diskreditieren und durch eine entsprechende Propaganda unbetroffene Studenten zu verunsichern und emotional zu solidarisieren.

Die beiden Beispiele sind unmittelbare Konkretisierungen des Kampfes gegen den „Abbau demokratischer Rechte“; sie sind unschwer als taktisches Mittel auf dem Weg zu dem strategischen Zwischenziel zu erkennen, der Errichtung der antimonopolistischen Demokratie.

Die Aufgabe, die dem MSB für die Hochschule zukommt, wird im Schulbereich vielfach von der SDAJ wahrgenommen. Dies gilt etwa für die Kampagne gegen die „Berufsverbote“. Ein anderes taktisches Vehikel, dessen sich die SDAJ bedient, ist die Jugendarbeitslosigkeit. Ein solch offenkundiger gesellschaftlicher Mißstand bildet natürlich einen idealen Ansatzpunkt für die DKP-Strategie. So wird denn auch dieser Kampf von der SDAJ – besonders in den Berufsschulen – gegen die „Bosse“ und „Monopole“ geführt, denen es nur um die „Profite“ gehe. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit kann angeblich nicht gelöst werden, weil die Monopole und der Staat unter einer Decke stecken⁹⁾ – eine fast klassische Konkretisierung der Stamokap-Theorie. Diese Argumentation ist deswegen besonders gefährlich, weil sie den Betroffenen die scheinbar überzeugend-einfache Erklärung eines komplexen, für die Jugendlichen nicht durchschaubaren Problems bringt.

Für die DKP können wir zusammenfassen: Die orthodoxe Linke versucht über bestimmte Reformen zur Er kämpfung von Gegenmachtpositionen – so ist z. B. der Einsatz der DKP für das Mitbestimmungsrecht zu sehen –, über Gewerkschaftsarbeit und „antimonopolistische“ Bündnispolitik die „antimonopolistische Demokratie“ zu errichten. Diese „antimonopolistische Demokratie“ ermöglicht es der Arbeiterklasse, die politische Macht zu ergreifen, und zwar notwendigerweise unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei. Der Begriff „politische Macht der Arbeiterklasse“ umschreibt lediglich das Reizwort „Diktatur des Proletariats“. Die Frage der Gewaltanwendung wird von der DKP offen gelassen, sie wird unter taktischen Gesichtspunkten gesehen.

3.2. Die „K-Gruppen“; die Frage eines Verbots extremistischer Parteien

Demgegenüber steht auf seiten der „antirevisionistischen“ oder „K-Gruppen“ das offene Bekenntnis zur Gewaltanwendung. Sie vertreten die Auffassung, daß die Diktatur des Proletariats nur durch einen revolutionären Akt realisiert werden kann. Die „K-Gruppen“ wissen, daß hier ein Ansatzpunkt für ein eventuelles Verbot liegt, wie es von einigen deutschen Politikern gefordert wird. Die „K-Gruppen“ sind seit langem auf die Illegalität vorbereitet und es muß daher offen bleiben, ob entsprechende Initiativen den gewünschten Erfolg haben werden. Im übrigen müßte sich eine konsequente Verbotspraxis auch gegen rechtsextreme Organisationen und den wichtigsten Faktor im politischen Extremismus der Bundesrepublik Deutschland wenden, die DKP. Eine „Schonung“ der DKP – aus welchen Gründen auch immer – würde sie sicher als quasi grundgesetzkonform innen- wie außenpolitisch aufwerten.

Allgemeiner als durch die Frage nach der Revolution bzw. der Gewaltanwendung läßt sich der Unterschied zwischen der DKP und den „K-Gruppen“ durch die unterschiedlichen Positionen zur Politik der UdSSR bzw. der KPdSU und der Volksrepublik China bzw. der chinesischen KP erläutern, wobei man sich einer politischen Vergrößerung bewußt sein muß. Wenden wir uns den wichtigsten „K-Gruppen“ zu. Es sind dies

1. der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW),
2. die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD),
3. die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Lenisten (KPD/ML),

Zu diesen Organisationen ist ferner der Kommunistische Bund (KB) zu rechnen, dessen Schwerpunkt in Hamburg liegt. Wegen seiner überwiegend regionalen Bedeutung bleibt er im weiteren unberücksichtigt.

3.2.1. Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW)

Der KBW – 1973 aus einem Zusammenschluß mehrerer kommunistischer Splittergruppen hervorgegangen, die in der Folge der studentischen Protestbewegung entstanden waren – ist die mitgliederstärkste und finanzkräftigste maoistische Gruppe in der Bundesrepublik. Die etwa 2500 Mitglieder (1976) sind in drei Regionalverbänden (mit Sitz in Hannover, Köln und München), 40 Bezirksverbänden und 100 Ortsgruppen organisiert. Vor kurzem wurde in Frankfurt/M. ein neues Schulungszentrum mit Fernschreibsystem zu allen Untergliederungen errichtet. Die Kosten in Höhe von etwa zwei Millionen D-Mark brachten die Mitglieder und Sympathisanten durch Spenden auf – ein Beweis für die ungeheure Opfer- und Einsatzbereitschaft der Mitglieder und Anhänger des KBW. Gerade diese Bereitschaft ist auch bei den übrigen „K-Gruppen“ festzustellen.

Organ des KBW ist die wöchentlich mit einer Auflage von 32000 Exemplaren erscheinende Kommunistische Volkszeitung (KVZ); daneben

besteht eine theoretische Zeitschrift. Für die KVZ, die im ganzen Bundesgebiet vertrieben wird, ist die CDU eine Partei der „Schmerzbäuche“ und Bundesarbeits- und Sozialminister Ehrenberg (SPD) ein „Schreibtschmörder“. Der Bundestag gibt „Friedensgesäusel“ von sich, um desto ungestörter die „Kriegsvorbereitung der Bourgeoisie“ vorantreiben zu können¹⁰).

Bemerkenswert ist die im Frühjahr 1976 erfolgte Auflösung verschiedener Schüler- und Jugendorganisationen. An ihre Stelle traten lokale „Kommunistische Jugendbünde“ (KJB), die von den KBW-Bezirksleitungen geführt werden. Ähnlich verhält es sich mit den Studentengruppen des KBW. Sie firmieren unter verschiedenen Bezeichnungen – etwa „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG) oder „Kommunistischer Studentenbund“ (KSB) an 50 Hochschulen mit insgesamt etwa 1600 Mitgliedern. Ihr Einfluß ist zurückgegangen; Ende 1976 wurde beschlossen, die Schulungen zu verstärken sowie linke Instituts- und Fachschaftsgruppen zu unterwandern, um die Basis des KBW zu erweitern¹¹).

Kennzeichnend für die politische Theorie des KBW ist seine Imperialismustheorie. Dieser Theorie zufolge führt das Anwachsen des Kapitalismus zu Überproduktionen und Absatzkrisen, denen durch Erschließung neuer Märkte in der Welt begegnet werden muß. Bei der Aufteilung der Welt in Interessensphären (Kolonien) kommt es zu Spannungen, deren Folge „imperialistische“ Kriege sind – die Erklärung für den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. An die Stelle der imperialistischen Mächte sind inzwischen die multinationalen Konzerne getreten, an die Stelle der Kolonien die ausgebeuteten Länder der Dritten Welt. Die Überschüsse, die durch die Ausbeutung der Entwicklungsländer erzielt werden, schaffen die Voraussetzung dafür, den Arbeitern in den kapitalistischen Ländern hohe Löhne zu zahlen und ihr Klassenbewußtsein zu korrumpieren.

Auf diese Weise kann die dort bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung aufrecht erhalten werden. Der Kapitalismus ist aber, so die Theorie, nur an seiner schwächsten Stelle zu schlagen. Diese liegt dort, wo die Ausbeutungsrate am höchsten ist, also in den Ländern der Dritten Welt. Unter diesem Gesichtspunkt werden nationale Befreiungskämpfe und Aufstände in den Entwicklungsländern unterstützt („internationale Solidarität“). Die Kämpfe in der Dritten Welt vermindern die Ausbeutungsmöglichkeiten der „Multis“ und schwächen somit indirekt deren Position in den kapitalistischen Ländern. Die dortige Arbeiterklasse kann nicht länger durch die Ausbeutungsprofite, die in der Dritten Welt erzielt wurden, beschwichtigt werden, es entstehen in den kapitalistischen Ländern Unruhen, eine revolutionäre Situation, die schließlich die Diktatur des Proletariats zur Folge hat.

Wie die übrigen „K-Gruppen“ steht auch der KBW in scharfer Frontstellung zur Deutschen Kommunistischen Partei. Für den KBW ist „die Gründung der revisionistischen DKP (...) die Frucht“ eines „Verrates und der Aussöhnung mit der Bourgeoisie“¹²).

3.2.2. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Mit etwa 700 Mitgliedern in 60 Zellen scheint die 1970 aus der Berliner Studentenbewegung hervorgegangenen maoistische KPD – nicht zu verwechseln mit der 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands – ein unbedeutender Faktor im Spektrum der linksextremen Gruppen zu sein. Ihr Vorsitzender Ch. Semler erklärte hingegen, die Partei verfüge aus Sicherheitsgründen nur über eine begrenzte Zahl von Mitgliedern; den Sympathisanten werde in der Regel nahegelegt, sich nicht durch einen Parteieintritt zu gefährden. Tatsächlich ist die Partei in der Lage, ein Mehrfaches ihrer Mitgliederzahl zu mobilisieren. Andererseits räumte die KPD in einer Resolution des letzten Parteitages im Herbst 1977 ein, daß sich „unsere Partei noch in der ersten Phase ihres Aufbaus“ befinde¹⁹⁾.

Die Parteiprogrammatik basiert auf der „Aneignung und schöpferischen Anwendung des Marxismus, des Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen“; die KPD tritt ein „für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland“. Dieses Ziel soll über den „antihegemonistisch-demokratischen Zusammenschluß der Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse“ erreicht werden. Diese Aussage beinhaltet die Bereitschaft zu einem Bündnis mit Nichtkommunisten, eine Taktik, die bisher stets abgelehnt wurde. Die KPD hat damit als „erster maoistischer Partei-ansatz“ den Versuch unternommen, aus der politischen Isolation herauszufinden und die programmatischen Voraussetzungen für ein Konzept der Bündnispolitik entwickelt.

Die Partei – 1973 durch den spektakulären Sturm auf das Bonner Rathaus bekannt geworden – unterhält als einzige maoistische Gruppe in der Bundesrepublik Deutschland offizielle Kontakte zur Volksrepublik China, deren neuer Führung sie sich untergeordnet hat. Finanzielle Mittel erhält sie von dort jedoch offenkundig nicht. Das Zentralorgan „Rote Fahne“ erreicht eine wöchentliche Auflage von 14500 Exemplaren; wichtigste Nebenorganisationen sind der Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD), der Kommunistische Studentenverband (KSV) mit seinem Organ „Dem Volke dienen“ und schließlich die Initiative für den „Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher“ mit dem Organ „INFO“.

3.2.3. Die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten–Leninisten (KPD/ML)

Zeitweilig auf ähnlichem politischem Kurs wie die maoistische KPD lag die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten–Leninisten (KPD/ML). Sie ist die älteste Gruppierung der maoistischen „Neuen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland. Die Gründung im Jahre 1968 geht auf E. Aust zurück, einen ehemaligen Funktionär der durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen – wenn man so will, „historischen“ – KPD. Dieser Versuch, eine neue kommunistische Partei zu organisieren, war

eine Reaktion auf die Gründung der moskauhörigen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)¹⁴).

In ihrem 1976 verabschiedeten Parteiprogramm beruft sich die KPD/ML auf „den wissenschaftlichen Sozialismus, die unvergänglichen Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung und Enver Hoxha“. Sie wendet sich an „die Arbeiterklasse und die Werktätigen Deutschlands mit dem Aufruf, sich auf dieser Grundlage zusammenzuschließen, um in der gewaltsamen sozialistischen Revolution die kapitalistische Ausbeuteordnung in Ost- und Westdeutschland zu zerschlagen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufzubauen“. Die Berufung auf den Vorsitzenden der KP Albanien, Hoxha, läßt eine kritische Haltung gegenüber der neuen chinesischen Führung erkennen und dürfte neben persönlichen Rivalitäten der Grund dafür sein, daß Verhandlungen über einen Zusammenschluß zwischen der maoistischen KPD und der KPD/ML gescheitert sind.

Nach zahlreichen „Säuberungen“ sind in der KPD/ML noch etwa 800 Mitglieder organisiert, ihr Jugendverband, die „Rote Garde“, ist ohne Bedeutung. Das Parteiorgan „Roter Morgen“ erreicht jedoch eine Wochenaufgabe von 10 000 Exemplaren.

3.3. Zur politischen Einschätzung des Linksextremismus

In der Vergangenheit wurden die „K-Gruppen“ häufiger als die zukünftigen Machträger an den deutschen Hochschulen und als eine potentielle politische Gefahr für die Gesamtgesellschaft bezeichnet. Eine realistische Beurteilung kann nicht zu diesem Ergebnis kommen.

Sicher ergibt der Vergleich der Mitgliederzahlen oder der Mandate in Studentenparlamenten keinen zuverlässigen Machtindikator, zumal die „K-Gruppen“ keine einheitliche Haltung zu Beteiligung an sog. „bürgerlichen Wahlen“ einnehmen. Wichtiger als solche Zahlen – die im übrigen eindeutig für die DKP bzw. ihre Nebenorganisationen sprechen – ist die Tatsache, daß die „K-Gruppen“ nur geringe Bündnismöglichkeiten haben. Soweit sie nicht untereinander oder ggf. mit lokalen oder Spontangruppen (Spontis) koalieren, ist ihnen eine Vergrößerung ihrer Machtbasis an den Hochschulen nur sehr bedingt möglich.

Gerade hier zeigen sich aber auf seiten der DKP unverkennbare Erfolge einer langjährigen Bündnisstrategie. Der MSB Spartakus verfügt mit dem SHB nicht nur über eine Art Filialorganisation, sondern es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß es ihm auch gelingt, Partner im demokratischen Lager zu finden. Nachdem die SPD zweimal mit parteinahen Studentenorganisationen Schiffbruch erlitten hatte – 1959/61 mit dem SDS und Anfang der 70er Jahre mit dem SHB – verzichtete die Parteiführung darauf, zum dritten Mal eine eigene Studentenorganisation zu gründen. Sie übertrug den Hochschulbereich praktisch der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD, die eigene Hochschulgrup-

pen bildeten. Es ist nun in den letzten Jahren deutlich geworden, daß nicht nur der ehemalige Juso-Vorsitzende Benneter, der inzwischen aus der SPD ausgeschlossen wurde, der Stamokap-Theorie zuzurechnen ist, sondern daß es eine nicht unbeträchtliche Anhängerschaft dieser Theorie in der SPD-Nachwuchsorganisation gibt. Der Stamokap-Theorie entsprechend ist die CDU die Partei des Klassenfeindes, und es kann daher nur als folgerichtig bezeichnet werden, daß ihre Anhänger Koalitionen mit dem CDU-nahen Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ablehnen und nahezu regelmäßig Volksfrontbündnisse unter Einschluß des MSB Spartakus, des SHB und mitunter auch von Jungdemokraten schließen. Dies hat nicht nur dazu geführt, daß der MSB quasi „salonfähig“ wurde, sondern auch dazu, daß der MSB selbst nach relativ schwachem Abschneiden bei studentischen Wahlen immer noch in den Allgemeinen Studentenausschüssen vertreten ist und dort vor allem die Schaltstellen besetzt: Die Referate für Finanzen, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit.

Diese Bündnispolitik und die geringe Beteiligung bei Studentenwahlen haben zur Folge, daß die Allgemeinen Studentenausschüsse der ganz überwiegenden Zahl der westdeutschen Hochschulen zumindest teilweise in der Hand von Verfassungsfeinden sind. Daraus resultierten nicht nur politische Konsequenzen hinsichtlich der Gesamtrepräsentation der Studenten in der Bundesrepublik, der Vereinigten deutschen Studentenschaften (vds), sondern auch finanzielle. Die extremistischen Gruppen MSB und SHB haben Zugang zu studentischen Zwangsbeiträgen in Millionenhöhe. Ausnahmen bilden in diesem Punkt Baden-Württemberg, Bayern und Berlin, wo die verfaßte Studentenschaft aus unterschiedlichen Gründen durch den Gesetzgeber aufgehoben wurde.

4. Zur Beurteilung des Rechts- und des Linksextremismus

Trotz der vielfältigen Aktivitäten extremistischer Gruppierungen, der hohen Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder und der oft erstaunlichen Publizität ist es sicher nicht angebracht, in der Bundesrepublik hinter jedem Busch einen Extremisten zu sehen und gar Schüler und Studenten, die ihre politischen Auffassungen besonders akzentuiert vertreten, als „Extremisten“ einzustufen. Niemand, der eine unübliche Meinung vertritt oder für diese Meinung demonstriert, kann deswegen schablonenhaft dem Extremismus zugerechnet werden. Eine freiheitliche Demokratie hat auch Platz für politische Außenseiter.

Dieser Grundsatz ist freilich in der Vergangenheit häufig genug als Alibi gebraucht worden. Wer die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mißachtet, muß auf den entschlossenen Widerstand des Staates wie der Bürger stoßen. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob wir es mit Verfassungsfeinden von rechts- oder linksaußen zu tun haben. Gerade in diesem Punkt aber ist in den letzten Jahren eine erschreckende Einäugigkeit in Mode gekommen. Herbert Weichmann, der sozialdemo-

kratische Alt-Bürgermeister von Hamburg, hat nicht ohne Anlaß davor gewarnt, mit Hilfe einer angeblichen „nazistischen“ Gefahr von der Gefahr des Linksextremismus abzulenken¹⁵⁾. Er ist die wirkliche Bedrohung für unsere Schulen und Hochschulen.

Anmerkungen

- 1) Entscheidungssammlung des BVerfG., Bd. 4, S. 1 ff, Bd. 5, S. 85 ff.
- 2) Verfassungsschutzbericht 1976, S. 4.
- 3) G. Deschner, Die seltsamen Kameraden unter dem Hakenkreuz, Teil I, Die Welt, 92/20. 4. 1978.
- 4) Verfassungsschutzbericht 1976, S. 51.
- 5) A. a. O. S. 54.
- 6) Die SHB-Vorsitzende M. Jansen wurde im April 1978 aus der SPD ausgeschlossen.
- 7) UZ 41/1972.
- 8) W. I. Lenin, zitiert nach W. Leonhard, Sowjetideologie heute, Bd. 2, Frankfurt/M. 1962, S. 54.
- 9) So erklärt die SDAJ auf Flugblättern: „Wer sich auf Unternehmer und Regierung (sic) verläßt, der ist verlassen“.
- 10) Kommunistische Volkszeitung, Extrablatt, 6. Oktober 1977.
- 11) Verfassungsschutzbericht 1976, S. 107.
- 12) Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, S. 5.
- 13) Vgl. Radikal-info 5/77, S. 1 f.
- 14) Vgl. Radikal-info 1/77, S. 1 f.
- 15) Vgl. D. Deschner (wie Anm. 3); s. auch D. Strothmann, Hitlers Harlekin von heute. Der Bundesrepublik droht keine Gefahr von rechts. Die Zeit, 18/28. April 1978, S. 33–37.

Literatur

- H. Bilstein/S. Binder/M. Elsner/H.-U. Klöse, Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Materialien zur politischen Auseinandersetzung mit kommunistischen Parteien und Gruppen. Hamburg 1974.
- Ch. Bockemühl/K.-H. Naßmacher/W. Plitt/G. Wehrmeyer, Wider die Thesen der DKP – Argumente für die Demokratie. Bonn-Bad Godesberg 1972.
- M. Funke (Hrsg.) Terrorismus. Untersuchungen zur Strategie und Struktur revolutionärer Gewalt. Düsseldorf 1977.
- G. Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968–1976. Köln 1976.
- G. Langguth, Schulkampf als Klassenkampf. Bonn 1975.
- H. Weyer, DKP und öffentlicher Dienst. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- H. Weyer, MSB Spartakus. Von der studentischen Protestbewegung zum Klassenkampf. Stuttgart 1973.
- R. von Voss, Terrorismus und streitbare Demokratie (= Kirche und Gesellschaft, Heft 47). Köln 1978.

Zur Person des Autors

Jürgen Aretz, Dr. phil., M. A., Historiker. Wissenschaftlicher Referent der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.